



LEITARTIKEL

Große Herausforderungen für die neue Innenministerin

„Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt“, stellte einst der große niedersächsische Dichter Wilhelm Busch fest. Aber nicht nur Denker stammen aus Niedersachsen, sondern auch wichtige Lenker. So zeigte sich der Wahrheitsgehalt des klugen Spruchs, als unser Innenminister Anfang des Jahres unerwartet nach Berlin abberufen wurde.

Kevin Komolka

GdP-Landesvorsitzender

Darauf folgte zunächst Ratlosigkeit, denn eigentlich hatte niemand mit dieser Entscheidung gerechnet. Boris Pistorius hat als Innenminister auch die Arbeit der niedersächsischen GdP in den letzten zehn Jahren stark geprägt. Personeller Zuwachs, eine im Bundesvergleich gute technische Ausstattung und vor allem die gelungene Stärkung der demokratischen Resilienz, all das konnte unter Pistorius erreicht werden. Derweil blieb aber auch so manches Anliegen ungeklärt und wichtige Forderungen bestehen fort.

In der Diskussion um die Nachfolge kursierten schnell diverse Namen. Mit Daniela Behrens wurde schließlich eine Lösung verkündet, die zwar allen bekannt war, die aber wohl niemand auf dem Zettel hatte. In ihrem ersten Statement erklärte sie, dass sie die Sicherheitsbehörden stärken wolle: „Niedersachsen ist ein sicheres Land und das soll es auch bleiben.“ Der Satz macht Mut und ist der richtige Ansatzpunkt, an dem wir mit unseren Forderungen ansetzen wollen.

Letzter Platz

bei der Höhe der
Polizeizulage im
Bundesvergleich mit
127,38€ pro Monat



Wir hatten nach Pistorius' Abschied die Hoffnung geäußert, dass jemand das Amt übernimmt, der sich in Sicherheitskreisen auskennt und bestenfalls bereits Berührungspunkte mit dem Arbeitsfeld der Polizei hat. Daniela Behrens erfüllt diese Voraussetzung

zwar nicht. Dafür kommt sie aus der niedersächsischen Landespolitik und muss sich in Verwaltungsabläufe und Strukturen nicht einarbeiten. Mit uns hat sie einen starken Partner an der Seite, der sachgerecht zur Beratung bereitsteht. Aus den ersten Gesprächen zeigt sich bereits, dass sie dieses Angebot gerne annimmt. Vor allem vermittelt sie den Eindruck, dass sie Lust auf die neuen Aufgaben hat. Als sie vor zwei Jahren in der Hochphase der Pandemie das Gesundheitsministerium übernahm, hat sie bewiesen, dass sie auch in Krisenzeiten

schnell und effektiv Verantwortung übernehmen kann. Zudem bringt sie als ehemalige Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsministerin Erfahrung in Themen mit, die für ein attraktives, zeitgerechtes Arbeitsum-



Die neue niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens mit dem GdP-Landesvorsitzenden Kevin Komolka

feld in der Polizei existenziell sind. Mit Fragen nach Gesundheit erhaltendem Arbeiten, Gleichstellung, Inklusion, Teilzeitmodellen, Arbeitszeitregelungen und vielem mehr ist sie bestens vertraut. Auch mit dünnen Personaldecken in systemrelevanten Arbeitsfeldern hat sie sich eingehend beschäftigt.

Dennoch warten schwierige Aufgaben auf sie. Der Sanierungsstau, auf den wir auch in dieser Ausgabe einen Blick werfen, ist eines von vielen Themen, die Erhöhung der Polizeizulage, bei der wir in Niedersachsen nach wie vor das Schlusslicht im Bundesvergleich bilden, ein anderes. Wir dürfen also gespannt sein, wie schnell und erfolgreich sich die neue Innenministerin in ihrem Amt einführen wird.

Und damit sind wir wieder bei den Denkern aus Niedersachsen – Gottfried Wilhelm von Leibniz sagte: „Die Handlungen der Menschen leben fort in den Wirkungen.“ In diesem Sinne hoffen wir, dass die Amtszeit von Frau Behrens geprägt sein wird von guten Entscheidungen, die die Polizei in Niedersachsen langfristig zu einem attraktiven Arbeitgeber machen. Unsere Unterstützung bei diesem Anliegen ist auf jeden Fall gewiss. ■



» Axel Brockmann, Landespolizeipräsident

Die Attraktivität eines modernen Arbeitgebers hängt mittlerweile nicht zuletzt von den Möglichkeiten der Einflussnahme auf die eigene Arbeitszeitgestaltung ab.

» Anonymes Statement einer Führungskraft
OVG? So justiztreu bin ich nicht.

ARBEITSZEITKONGRESS 2.0

Keine Zeit mehr zu verlieren

Am 13. Februar 2023 hat in Hannover der „Arbeitszeitkongress 2.0“ stattgefunden, bei dem Arbeitszeit als Führungsaufgabe im Mittelpunkt stand. Bereits im September 2021 hat die GdP Niedersachsen mit dem ersten Arbeitszeitkongress Maßstäbe für die Neufassung eines landeseinheitlichen Arbeitszeiterlasses gesetzt.

Über 100 Teilnehmende, darunter Führungskräfte aus dem höheren Dienst, Personalräte und Landesbeiratsmitglieder der GdP Niedersachsen, nahmen am „Arbeitszeitkongress 2.0“ teil und erhielten Einblicke in das Thema Arbeitszeit aus unterschiedlichen Perspektiven. Unter der Moderation der stellvertretenden Landesvorsitzenden Andrea Timmermann gab es Vorträge und spannende Diskussionen.

Nach einem Eingangsstatement des GdP-Arbeitszeitexperten Sascha Göritz stellte die Oldenburger Verwaltungsrichterin Cornelia Alberts, die derzeit am Bundesverwaltungsgericht tätig ist, die aktuelle Rechtsprechung in Sachen Arbeitszeit dar. Die Essenz ihres Vortrags ist auf der nächsten Seite zu finden.

Fragwürdige Rechtsauffassung – Stimmen aus dem „Gestern“

Anschließend veranschaulichte Janine Mai, dass geltendes Recht in der Polizei nicht immer Beachtung findet. Sie trug anonyme Statements von Führungskräften vor, die die GdP Niedersachsen in den vergangenen Monaten erreicht hatten. Auch wenn Andrea Timmermann die Aussagen zuvor als „vielleicht irgendwie erheiternd“ ankündigte, sollte den Zuhörenden angesichts des Rechtsverständnisses manch einer polizeilichen Führungskraft das Lachen doch im Halse stecken geblieben sein. Einige Beispiele sind auf dieser und den nächsten Seiten als frei gestellte Zitate nachzulesen.



Andrea Timmermann bei der Moderation

Blick über den Tellerrand – Job nur mit ausreichend Personal zu schaffen

Dass die Rechtslage zum Thema Arbeitszeit nicht nur die Polizei vor Herausforderungen stellt, wurde in einem Gespräch zwischen GdP-Landesgeschäftsführerin Jana Herzog und dem Leiter der Abteilung Personal der Medizinischen Hochschule Hannover, Jörg Stühmeier, deutlich. Die Situation in den Krankenhäusern habe sich Stühmeiers Einschätzung nach von „Medizinstudierenden, die nicht wissen, ob sie bei uns einen Job bekommen“ hin zu einem Ärzte- und Pflegepersonalstand radikal geändert.

Entgegengewirkt werde der Situation mit einer ideenreichen Personalgewinnung und einer Ausweitung der Personalsuche auch auf das Ausland. Zudem seien zur Kompensation kurzfristiger Personalausfälle „Springer-pools“ eingerichtet worden, die je nach Bedarf auf unterschiedlichsten Stationen aushelfen.

Nichtsdestotrotz komme man regelmäßig an Grenzen. Stühmeier machte deutlich, dass die Arbeit aber nur zu erfüllen sei, wenn ausreichend Personal zur Verfügung stehe. „Im schlimmsten Fall führt das bei uns dazu, dass Betten gesperrt werden!“ Da die Rahmenbedingungen sich derzeit aber so gestalten, sei es aber umso wichtiger, dass die Führungskräfte kooperativ gemeinsam mit ihrem Team Lösungen entwickeln – Lösungen, die die Bedürfnisse der Beschäftigten sowie den Bedarf der MHH in Waage halten.

Ein Statement ließ das Plenum genau hören: „Bei uns kann auch der Chirurg mobil arbeiten. Natürlich nicht während der Operation, aber er hat darüber hinaus so viel Schreibkram zu erledigen. Warum soll er das nicht in Ruhe von zu Hause aus machen?“

Von Komplexität überwältigt

Zurückhaltend äußerte sich anschließend Landespolizeipräsident Axel Brockmann in seinem Vortrag zur aktuellen Entwicklung neuer arbeitszeitrechtlicher Regeln in der Landespolizei Niedersachsen. So sei er fest davon überzeugt, dass die geplante Umsetzung nur in enger Absprache mit Personalräten und der GdP gelinge. Er sei der GdP auch „ehrlich sehr dankbar, dass sie sich mit dem Thema so intensiv auseinandersetzt“. Jedoch betonte er immer wieder, wie komplex die Thematik sei und dass man – obwohl man schon lange Zeit mit „Power“ daran arbeite – noch nicht am Ende sei.

Auch die Prämisse, das neue Arbeitszeitrecht gemeinsam mit einem landesweit einheitlichen Zeiterfassungssystem einzuführen, wird im Landespolizeipräsidium mittlerweile offenbar nur noch als „Idealfall“ angesehen.

Dabei nehme der Stellenwert des Themas Arbeitszeit gerade bei jungen Menschen immer mehr zu. Angesichts rückläufiger Bewerberzahlen für den Polizeiberuf stellte Brockmann fest: „Die Attraktivität eines modernen Arbeitgebers hängt mittlerweile nicht zuletzt von den Möglichkeiten der Einflussnahme auf die eigene Arbeitszeitgestaltung ab.“

» Anonymes Statement einer Führungskraft
Was geht die EU meine Gesundheit an?

» Anonymes Statement einer Führungskraft
Wenn du hier noch mal was werden willst, solltest du dich nicht beschweren, sonst wird deine Beurteilung nicht beförderungsfähig.

» Anonymes Statement einer Führungskraft
Arbeitszeitregeln müssen sich dem Auftrag der Polizei unterwerfen!

Ähnlich aufgeräumt zeigte sich Landespolizeidirektor Ralf Leopold im nachfolgenden Interview mit Jana Herzog. Ob eine Entscheidung in den nächsten Wochen fallen und eine Einführung im Sommer dieses Jahres angepeilt werde, konnte er nicht abschätzen.

In Hinblick auf einen anstehenden „Kulturwandel“ stellte Leopold klar, dass dieser keine Kehrtwende, sondern vielmehr eine Weiterentwicklung sei. So würden beispielsweise statt starrer Schichtzeiten im Einsatz- und Streifendienst zukünftig die tatsächliche Arbeitszeit erfasst.



Jörg Stühmeier leitet die Abteilung Personal der Medizinischen Hochschule Hannover. Im Interview mit Jana Herzog wurde deutlich: Die MHH steht vor ähnlichen Herausforderungen wie die Polizei.

Zeitgerechte Arbeit

In einem abschließenden Dialog unter dem Motto „zeitgerechte Arbeit“ zogen der Landesvorsitzende Kevin Komolka und Sascha Görnitz ein Fazit des Tages. Görnitz betonte: „Ein ‚Weiter so‘ kann und wird es nicht geben“, während Komolka im Wandel in der Arbeitswelt vor allem eine Generationenfrage erkannte. Er stellte fest: „Menschen, die jetzt in das Berufsleben starten, stellen ganz andere Ansprüche an das Arbeitsleben.“ ■

Zwei Jahrzehnte Dornröschenschlaf

Sie feiert in diesem Jahr ihr 20-jähriges Bestehen, findet aber in der Polizei Niedersachsen immer noch nicht immer und überall Beachtung. Die Rede ist von der „EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG“. Die Richterin Cornelia Alberts stellte auf dem Arbeitszeitkongress die Inhalte der Richtlinie und deren Folgen dar. Eine Zusammenfassung.



Verwaltungsrichterin Cornelia Alberts hielt einen Fachvortrag zur EU-Arbeitszeitrichtlinie.

EU-Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG

Die EU-Arbeitszeitrichtlinie konkretisiert das „Grundrecht auf gerechte und angemessene Arbeitszeiten“ aus der europäi-

schen Grundrechtecharta. Das oberste Ziel: Sicherheits- und Gesundheitsschutz bei Arbeitszeitgestaltung.

In der Richtlinie sind Mindestvorschriften festgehalten, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmenden zu verbessern, sie bildet einen „kleinsten gemeinsamen Nenner“. Mitgliedstaaten können in ihrer Gesetzgebung über die Arbeitszeitrichtlinie hinaus gehen, müssen aber mindestens das Niveau der Richtlinie einhalten. Der Gedanke dahinter: „Es soll allen Arbeitnehmenden in jedem Mitgliedstaat gleich gut gehen!“

und Technologiekatastrophen oder schwere Unglücksfälle.

Der Regelbetrieb der Polizei fällt aber voll in den Anwendungsbereich der Arbeitszeitrichtlinie. Auch planbare Großeinsätze, wie G7-/G20-Gipfel oder Castortransporte – auch dann, wenn diese Einsätze „aus dem Ruder laufen“. In jedem Dienst kann es zu nicht vorhersehbaren Ereignissen kommen. Die Arbeitszeit ist dennoch im Voraus planbar.

Nichtsdestotrotz ist die Kontinuität des Polizeidienstes zu gewährleisten. Gerade auch bei Großeinsätzen kann es zu einem vorhersehbaren übermäßigen Arbeitsanfall kommen. Es kann daher insofern von den Regelungen der Richtlinie abgewichen werden, dass z. B. die wöchentliche Höchstarbeitszeit nicht strikt Woche für Woche, sondern in Bezugszeiträumen, beispielsweise auf einen Monat gesehen, durchschnittlich eingehalten werden muss. Derartige Abweichungen müssen

<p>Artikel</p> <p>pro 24 Stunden mindestens 11 Stunden Ruhezeit</p>	<p>Artikel</p> <p>bei > 6 Stunden Arbeitszeit: Recht auf Ruhepause</p>
<p>Artikel</p> <p>pro 7 Tageszeitraum ≥ 35 Stunden kontinuierliche Mindestruhezeit</p>	<p>Artikel</p> <p>Ø Arbeitszeit pro 7 Tage: max. 48 Stunden inkl. Überstunden</p>

Wesentliche Artikel der EU-Arbeitszeitrichtlinie

Ausnahmefall Polizei?

Die EU-Arbeitszeitrichtlinie gilt auch für die Polizei! Ausgenommen sind nur „Situationen von besonderer Schwere und besonderem Ausmaß“. Darunter zu verstehen: völlig unvorhersehbare und nicht planbare Ereignisse, zum Beispiel Natur-



aber immer im Wege von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Tarifverträgen oder Vereinbarungen vorgesehen werden. Es braucht also eine vorherige Einigung, um von Ausnahmen Gebrauch zu machen. Bei der Inanspruchnahme von Abweichungen sind immer gleichwertige Ausgleichsruhezzeiten zu gewähren. Diese haben sich an den Dienst, in dem die Arbeitszeiten überschritten wurden, anzuschließen. Die Erholung hat unmittelbar zum Zuge zu kommen. Es sollen also nicht monatelang Mehrarbeitsstunden angesammelt werden.

Aber: Ausnahmen sind Ausnahmen! Sie

» Anonymes Statement einer Führungskraft

Gesundheitsschutz? Was sollen wir denn noch alles machen?

dürfen nicht zur Regel werden, sondern sind auf das unbedingt Erforderliche zu begrenzen.

Unterm Strich

Die Vorgaben der EU-Arbeitszeitrichtlinie sind einzuhalten, auch wenn dies erhebliche Probleme für die polizeiliche Personal- und Einsatzplanung mit sich bringt. Der Dienstherr hat die Pflicht, für die zu bewältigenden Aufgaben genügend Personal zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat der Dienstherr gegenüber den Mitarbeitenden eine Fürsorgepflicht. Die Nichteinhaltung zum Beispiel von Ruhezeiten stellt einen Verstoß gegen diese Fürsorgepflicht dar.

Was bedeutet das für Führungskräfte?

Die Herausforderungen zur Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbestimmungen betreffen nicht nur einzelne Dienststellen. Zwar ist jede Behörde für die Umsetzung verantwortlich, aber eine Umsetzung ist aufgrund des Umfangs auf Dienststellenebene nicht leistbar. Eine Regelung muss daher zentral erfolgen. Solange diese zentralen Regelungen nicht vorliegen, sollten sich Führungskräfte vor Verstößen Weisungen der nächsthöheren Instanz einholen, Verstöße verschriftlichen und diese nach oben kommunizieren, um Handlungsdruck zu erzeugen. ■

KOMMENTAR DER GdP

Der Zug ist (noch nicht) abgefahren

„Wann kommt das neue Arbeitszeitrecht? Wann kommt ZEUS? Was machen wir bis dahin?“ Auf diese drei Fragen, die GdP-Arbeitszeitexperte Sascha Göritz in seinem Eingangsstatement gestellt hatte, sollte er im Rahmen des Arbeitszeitkongresses keine Antworten bekommen.

Wir als GdP haben in den vergangenen Jahren gemeinsam mit Personalräten und dem Landespolizeipräsidentium sowie engagierten Kolleginnen und Kollegen in zahlreichen Arbeitsgruppen dafür gesorgt, dass der Zug, der in Richtung eines neuen, besseren und rechtskonformen Arbeitszeitrechts abfahren soll, fahrbereit wird.

Die Waggons haben wir dabei mit den uns wichtigen Themen beladen. Im Jahr 2021 haben wir mit dem „Arbeitszeitkongress 1.0“ die Weichen gestellt. Unseren Landesdelegiertentag im vergangenen Jahr haben wir nach dem Motto „Zeitgerecht“ genutzt, um in zahlreichen Anträgen die Fahrtrichtung vorzugeben.

Stets wird auf die Komplexität des Themas verwiesen. Wir fragen: Wenn man das erkannt hat, was hat man getan, um dagegen anzukommen? Hat man Fachlichkeit hinzugezogen und Personal verstärkt? Nein. Wir fragen: Wenn Arbeitszeitregeln komplex sind, was hat man getan, um die Kolleginnen und Kollegen heute im Jetzt und Hier bei der Anwendung des aktuellen Rechts fit zu machen? Geht man davon aus, dass trotz entsprechender Landesrechnungshofsberichte aus 2019 und 2020 alles in Ordnung ist? Die Botschaft jüngster OVG-Urteile zu arbeitszeitrechtlichen Fragestellungen geben deutlich eine andere Antwort.

Eine dreijährige Hängepartie ist nicht das, was die Beschäftigten bei der Polizei bei dem selbst ernannten Schwerpunktthema verdient haben.

Wann also kommt das neue Arbeitszeitrecht? Erst dann, wenn der Zug in Fahrt kommt. Ins Rollen bringen muss ihn nun allerdings das Landespolizeipräsidentium. Wir wären bereit! ■

» Anonymes Statement einer Führungskraft

Führungsfunktionen beinhalten die Pflicht, durchgehend erreichbar zu sein.



Über 100 Gäste nahmen am „Arbeitszeitkongress 2.0“ teil.



Sascha Göritz und Kevin Komolka ziehen ein Fazit des Tages.

Reisen, Autos, Elektronik:

„Viele Mitglieder wissen noch gar nicht, wo sie mit der GdP überall viel Geld sparen können!“

Besucherinnen und Besucher der GdP-Geschäftsstelle sind regelmäßig verwirrt, wenn sie sich in der Bürotür irren. Zwischen Buchhaltung und Eingangstür im Erdgeschoß blicken sie nach dem Eintreten nämlich auf türkisblaues Wasser, schneeweiße Kreuzfahrtschiffe und goldene Sonnenuntergänge. Hier sitzt die GdP-Mitgliederservice GmbH, deren Büro mit den aktuellsten Reisekatalogen ausgestattet ist. Traumhafte Reisen sind aber bei Weitem nicht alles, was die Mitarbeiterinnen Leonie Gläser und Carina Grabow für die Mitglieder im Angebot haben, wie sie im Interview berichten.



Leonie, wird man beim ständigen Anblick der Traumreisen während der Arbeit nicht wehmütig?

Leonie Gläser: Ach was, im Gegenteil. Es ist doch viel schöner, bei der Arbeit auf weiße Sandstrände zu schauen, als auf eine graue Wand. Außerdem freuen wir

uns mit den GdP-Mitgliedern, wenn wir die schönste Zeit des Jahres mit ihnen planen können. Und sie freuen sich auch, denn mit uns gibt es ja bei jeder Reise 5% des Reisepreises wieder zurück in die Urlaubskasse. Da gibt es sicherlich unangenehmere Jobs.

Die Reiseplanung macht einen Großteil eurer Arbeit aus, aber die Service GmbH bietet noch mehr an, oder?

Carina Grabow: Allerdings. Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist es, vielfältige Kooperationen in allen möglichen Bereichen abzuschließen, damit unsere Mitglieder bei Online-Shops, Dienstleistern und Sportanbietern sparen können. Viele Mitglieder wissen noch gar nicht, wo sie überall viel Geld sparen können!

Welche Partner gibt es denn da alles?

Grabow: Insgesamt haben wir unter anderem dank unserem Partner Corporate Benefits ein riesiges Angebot, das man gar nicht vollständig aufzählen kann. Zu den Highlights, die regelmäßig aktualisiert werden, gehören zum Beispiel zwischen 20 und 55 % Rabatt auf Elektronikgeräte von HP, Sennheiser, SONY und vielen

mehr. Über 20% sind bei Mobilverträgen der Telekom, O2 und weiteren möglich. Auch auf viele Leasing-Autos gibt es zweistellige Rabatte und mindestens 10% kann man bei vielen Mode-Onlineshops von C&A über adidas bis Hugo Boss sparen, oft auch deutlich mehr. Wir hören mittlerweile von vielen Mitgliedern, dass sie vor jedem Online-Kauf zuerst checken, ob sie über uns nicht irgendeinen Rabatt kriegen und dann oft tatsächlich echte Schnapper machen, sodass sie sich ärgern, nicht früher davon gewusst zu haben.

Wie genau können GdP-Mitglieder denn davon profitieren?

Grabow: Jedes Mitglied kann seine Zugangsdaten für Corporate Benefits im Mitgliedsbereich der GdP-Niedersachsen Webseite oder telefonisch bei uns erhalten.

Gibt es außer Corporate Benefits noch andere Angebote?

Gläser: Im Bereich Sport kooperieren wir zum Beispiel mit der Fitness-Kette FitX, bei der Mitglieder der GdP Niedersachsen über uns vergünstigte Raten bekommen. Für die passende Nahrungsergänzung bieten wir Rabattcodes bei Energybody System an. Und für die Ausrüstung erhalten GdP Mitglieder bei SportScheck 10 Prozent auf alles!

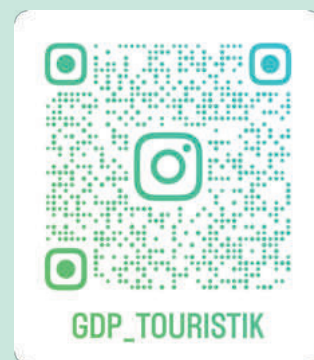
Klingt gut. Wo kann man mehr darüber erfahren?

Auf unserer Webseite www.gdp-service.de haben wir alle Partnerschaften aufgeführt. Wenn es konkrete Fragen dazu gibt, sind wir jeden Tag unter 0511 - 530380 zu erreichen. Außerdem findet man uns unter „gdp_touristik“ jetzt auch auf Instagram!



GdP-Mitgliederservice GmbH Nds.

-GdP-Touristik-
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover
Tel. 0511/53 03 80





Die Aktion von GdP und ver.di fand vor einer Blaulichtkulisse aus mehreren Fahrzeugen statt.

DEMONSTRATION

Blaulicht vor dem Landtag

Schnee fällt auf den Platz vor dem Landtag, als morgens um 8 Uhr ein Mannschaftswagen der Polizei, zwei Rettungswagen sowie ein Feuerwehrfahrzeug vorfahren, das Blaulicht einschalten und sich die zugehörigen Einsatz- und Rettungskräfte positionieren. Das Wetter ist ungemütlich, der Menschenauflauf und die Fahrzeuge samt Blaulicht signalisieren Gefahr.

Der Anlass für diese Kulisse ist zwar kein spektakulärer Einsatz vor dem Niedersächsischen Landtag in Hannover, dramatisch ist die Situation aber dennoch: Hier schlugen die Gewerkschaft der Polizei sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Feuerwehr und Rettungsdienste von ver.di Alarm, denn es geht um den Schutz der Beschäftigten, die für Sicherheit und Rettung sorgen.

Bundesweit hatte es in der Silvesternacht 2022 Angriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte gegeben. Nicht nur in Berlin – auch in Niedersachsen verzeichnete das Innenministerium über 40 Vorfälle dieser Art. Die Fraktionen von SPD und CDU nahmen dies zum Anlass, im Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde bzw. eines Entschließungsantrags über Schutzmaßnahmen für Retterinnen und Retter zu diskutieren. Die Gewerkschaften waren zusammengelassen, um der Politik vorab konkret mitzuteilen, welche Forderungen sie diesbezüglich haben.

Und das Interesse war enorm. Diverse Politikerinnen und Politiker nahmen den Forderungskatalog entgegen. Unter anderem die innenpolitischen bzw. polizeipolitischen Sprecher der demokratischen Landtagsfraktionen, Innenministerin Behrens und auch Ministerpräsident Weil traten zudem in den persönlichen Austausch mit den anwesenden Mitgliedern der Gewerkschaften. Der Andrang der Medien, die Bilder der Aktion und O-Töne der Einsatzkräfte, Gewerkschaftsvertreterinnen

und -vertreter sowie Abgeordneten sammeln wollten, war derweil so groß, dass immer wieder die Straße zwischen dem Versammlungsort und dem Landtag blockiert war.

Ebenso groß wie die Aufmerksamkeit, die die Aktion hervorgerufen hat, war auch die Zustimmung zu unseren Forderungen. Sowohl im Gespräch während der Aktion als auch in den Debatten im Landtagsplenum wurde Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften viel Zuspruch zuteil. Was nun folgen muss, ist eine Umsetzung unserer Forderungen. Damit es nicht bei öffentlichkeitswirksamen Bildern bleibt, werden der Fortgang der Diskussion und vor allem die zu treffenden Entscheidungen weiter kritisch begleitet. ■



Kevin Komolka stellt die Forderungen von GdP und ver.di vor.

SOLIDARITÄT IST STÄRKER.

Wir fordern:

- Dynamisierung und Erhöhung der Polizei- und Feuerwehrzulage mindestens auf Bundesniveau sowie Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit
- schnellere Verfahren und Verurteilungen bei Angriffen auf Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste
- personelle Stärkung der Interventionskräfte der Polizei (ESD, VE und BePo)
- Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen für alle Beschäftigten
- Umsetzung eines Rechtsschutzfonds zum Schutz von Einsatzkräften

ver.di



Gewerkschaft der Polizei
Niedersachsen



Bekleidungsbudget wird erhöht

Nicht erst seit den aktuellen Lieferengpässen und damit verbundenen Preissteigerungen stellt das Bekleidungsbudget viele Kolleginnen und Kollegen immer wieder vor Herausforderungen. Nachdem die GdP seit vielen Jahren auf die viel zu knapp bemessene jährliche Höhe verwiesen hat, konnte nun endlich eine Entscheidung in unserem Sinne

bewirkt werden. Das neue Budget beträgt zukünftig für Polizistinnen und Polizisten im operativen Bereich 300 Euro statt 200 Euro pro Jahr. Beamtinnen und Beamte im Innendienst haben jährlich 210 Euro statt 140 Euro für Anschaffungen zur Verfügung. Das Budget für Ermittlerinnen und Ermittler erhöht sich von 40 Euro auf 60 Euro, Studierende erhalten 280

Euro statt 233 Euro im Mittel. Die Erhöhung des Budgets gilt rückwirkend für das Jahr 2023.

Damit wird eine langjährige Forderung der GdP erfüllt. Auch wenn es nach wie vor immer wieder Probleme bei der Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung gibt, unter anderem aufgrund langer Lieferzeiten und unerfreulichen Preisanpassungen, ist die Erhöhung der Budgets ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. ■



Unübersehbar: die markante Feuertreppe am Gebäude der 2. Bereitschaftspolizeihundertschaft



Da es keine Tür gibt, müssen Personen durch ein Fenster steigen, um auf die Treppe zu gelangen, ...



... sollten dabei jedoch nicht zu weit rechts treten, da die Treppe nur das halbe Fenster abdeckt!

Foto: GfP

MARODE LIEGENSCHAFTEN

Feuertreppe als „Verschlimmbesserung“

In einem anonymen „Brandbrief“ haben Kolleg:innen der 2. Bereitschaftspolizeihundertschaft in Hannover Ende 2022 auf die desolaten Zustände in der Liegenschaft „Tannenbergallee“ der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen aufmerksam gemacht. Der Brief hat in der Hannoverschen Lokalpresse für Aufsehen gesorgt.

Im Rahmen der Berichterstattung wurde erwähnt, dass das Hundertschaftsgebäude in den vergangenen Jahren zumindest eine Feuertreppe für etwa 60.000 Euro erhalten hat. Die Treppe war erforderlich, da dem Gebäude der gesetzlich vorgeschriebene zweite Rettungsweg

fehlte. Allerdings entpuppt sich die Feuertreppe bei genauerem Hinsehen als „Verschlimmbesserung“: Da der Aufenthaltsraum im dritten Obergeschoss über keine Fluchttür verfügt, müssen Personen im Notfall durch ein Fenster klettern. Dabei ist nicht garantiert, dass sie

dabei auf der Feuertreppe landen, denn diese deckt nur etwa die Hälfte des Fensters ab. Ein Fehltritt und man fällt ungebremst in die Tiefe.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) macht seit Jahren auf die unhaltbaren Zustände in Niedersachsens Polizeiliegenschaften aufmerksam. Der Sanierungstau allein für die niedersächsische Polizei

Über **300**
Millionen Euro Investitionstau bei den
Polizeiliegenschaften



liegt mittlerweile bei über 300 Millionen Euro. Es ist daher umso wichtiger, dass das wenige Geld, welches in die Liegenschaften investiert wird, sinnvoll verwendet wird und keine neuen Probleme schafft! ■



Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Unangekündigt zugesandte

Artikel können nicht immer in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden.

Zuschriften für die übernächste Ausgabe 5/2023 können bis zum 28. März 2023 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden.

Vielen Dank.



Termine

JHV der KG BePo Oldenburg am 2. März 2023

Am Donnerstag, dem 2. März 2023, findet ab 15:30 Uhr in der Kantine der PA, Lutz Koschinski, Gebäude 9, Bloherfelder Straße 235, Oldenburg, die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Oldenburg statt.

Alle GdP-Mitglieder sind dazu herzlich eingeladen. Als Gäste werden Mitglieder des GdP-Landesvorstandes und der GdP-Bezirksgruppe erwartet.

Ingo Lowski, Vorsitzender

JHV der KG Leer/Emden am 2. März 2023

Die GdP-Kreisgruppe Leer/Emden hat ihre diesjährige Jahreshauptversammlung auf Donnerstag, 2. März 2023, ab 17 Uhr terminiert. Hierzu laden wir in die Gaststätte „Cassi“ in 26802 Moormerland-Rorichum herzlich ein. Neben dem Geschäftsbericht aus dem Vorstand und dem Bericht zur Kassenlage wird ein Vertreter der BG Osnabrück über aktuelle Themen berichten. Mit einem gemeinsamen Abendessen lassen wir den Abend ausklingen. Anmeldungen bitte bis 28. Februar 2023 bei E. Rüst, Tel.: (01520) 3048930, oder T. Dirksen, Tel.: (0172) 7575046.

T. Dirksen, für den Vorstand

Polizeiball Hameln am 15. April 2023

Die Freude am Tanzen und Feiern, die wir als Organisationsteam beim letztjähri-

gen Polizeiball beobachten konnten, hat uns davon überzeugt, auch in diesem Jahr 2023 den Polizeiball wieder mit Ihnen zu feiern.

Dazu haben wir Samstag, den 15. April 2023, als Termin gefunden und natürlich werden wir erneut in der Rattenfängerhalle zu Gast sein. Wir freuen uns auch sehr, dass wir erneut die Band „Crossfader“ hierfür gewinnen konnten, um gemeinsam mit Ihnen einen unterhaltsamen Abend bei toller Musik zu verbringen! Für das künstlerische Unterhaltungsprogramm haben wir den Bauchredner Tim Becker engagieren können.

Die Eintrittskarten können zum Preis von 30 Euro über die bekannten Wege bestellt werden:

- a) per Telefon unter der Telefonnummer (05151) 933-282 oder
 - b) per Mail über polizeiball@gdp-hameln.de bzw. andreas.appel@gdp-hameln.de.
- Weitere Infos mit Bildern von den vergangenen Feiern finden Sie bei Facebook unter <https://www.facebook.com/Polizeiball.Hameln>.

Andreas Appel

JHV der KG Oldenburg-Land am 19. April 2023

Die Kreisgruppe Oldenburg-Land lädt am 19. April 2023 um 17 Uhr zur Jahreshauptversammlung mit anschließendem gemeinsamen Essen in die Gaststätte Kempermann, Hauptstr. 59 in 26197 Großenkneten, ein.

Raphael Radzieowski

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de